

# Hallesche Zeitung

## Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Montag und Donnerstag. Der monatliche Abonnementspreis beträgt 2,50 Reichsmark. Der halbjährliche Abonnementspreis 12,50 Reichsmark. Der vierteljährliche Abonnementspreis 6,25 Reichsmark. Der tägliche Einzelverkaufspreis 10 Pfennige. Die Tagespreise werden nach demselben Satze berechnet, die halbes Reichsmark.

### Neues in Kürze.

Reichsmarkminister und Kabinetelegramme.

Reichsmarkminister Dr. Curtius (D.S.P.) hielt auf der Düsseldorf Bundesversammlung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes eine große Rede über die Pläne der Regierung für Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Aufbau der Wirtschaft.

Das Anziehen der Indexzahlen erregt Beunruhigung. Gestern sah man durch die Frankfurter Wiese in Berlin zum ersten Male seit langer Zeit wieder einen Demonstrationzug gegen die hohen Lebensmittelpreise. Die „Kote Schöne“ (Kartoffel), die Hauptstütze der Reichsregierung gegenüber Mietpreis- und anderen Preissteigerungen sei fastkennzeichnend. Das Proletariat werde zu antworten wissen.

Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtages nahm heute die Kontrolle zum Gesetz über die ärztlichen Ehrengerichte an.

Nach einer Meldung aus Schlesien hat Papst Pius XI. den Erzbischofen Karl Willea in Ratibor zum Päpstlichen Hausprälaten ernannt. Willea ist der Führer des schlesischen Zentrums, der ungeliebte König des Landes und Hauptbestimmter der Trennung von Ober- und Nieder-Schlesien.

Die Ehe des Generals Ludendorff wurde durch die erste Zivilkammer des Landgerichts München I geschieden. Der Kläger und Widerkläger sind die Ehepartner.

Nach einem Telegramm des Bankhauses Rothschild in London an den Landesbankpräsidenten der Provinz Westfalen ist die in London aufgelegte Westfalenleihe fast beendigt worden. Wie wir hören, hat der westfälische Bankpräsident den Kreditoren versichert und seine letzten Verfügungen durch den Landbankpräsidenten, der durch die Westfalenleihe der erste Schritt zur Eröffnung des Ludendorff Marktes für deutsche Anleihen getan ist.

Die Londoner Banken haben die Aufhebung ihrer eigenen Filialen im besetzten deutschen Gebiet bekannt. Die Londoner „Daily News“ kritisiert hieran bestimmte Erwartungen hinsichtlich des mutualistischen Standes der Währungsverhandlungen, was jedoch „Daily Mail“ freistellt.

Der Verband der geschäftlichen holländischen Wähler deutscher Anleihen hat eine geschäftliche Wähler bei den Generalversammlungen unternommen. Der mit 182 000 Unterschriften versehenen Antrag verlangt die Sperrung des holländischen Kapitalmarktes für neue deutsche Anleihen.

Auf dem gestern in Dublin (Irland) eröffneten internationalen Friedenskongress der Frauen erklärte Ebit Schöner (Österreich), daß die einzige Lösung der internationalen Frage die Vereinigung Österreichs mit Deutschland unter Beibehaltung der republikanischen Staatsform sei. Frau Hopf-Huß (Deutschland) forderte die Beizugleichung der Älteren auf alle Kolonien und Kolonialmandate. — Diese Damen scheinen mehr Schnell zu haben als die deutschen Männer und Politiker von heute.

Der englische Ministerpräsident Baldwin erwiderte auf die Anfrage im Unterhaus, daß England sich den Bestrebungen der Gewerkschaften hinsichtlich der Währungsfrage unterwerfe. Auf eine Anfrage der Liberalen sprach Baldwin, der Währungsreform könne ein Kolonialmandat e Deutschland nur erteilen, wenn ein solches frei werde. Bis jetzt sei dieser Fall aber noch nicht eingetreten. (Und wird freiwillig auch kaum je eintreten. D. R.)

Die französische Regierung hat den Gebrauch der Schmelzspitze bei den schifflichen Kommunalwahlen eingeschränkt. In den Gemeindevorständen der Kommunen ist der Gebrauch einer anderen als der amtlichen französischen Sprache nicht mehr zulässig.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Moskau: Ein außerordentliches Telegramm hat die Vereinigten Staatenpublikum am 2. August nach Moskau eingebracht. Die Botschaft ist die internationale Finanzfrage der Gewerkschaften, die einem zweiten Staatsbankrott gütlich. Mit Wirkung vom 2. August werden die russischen Geldnoten von weiterhin 15 Proc. gesenkt.

### Neue Krisengefahren in England.

#### Vor einem neuen Generalstreik?

Unser Londoner Vertreter schreibt uns:

Der Streik der englischen Bergarbeiter dauert jetzt schon zehn Wochen an, und noch immer ist kein Ende in Sicht. Ob das Inkrafttreten des neuen Arbeitsgesetzes die von der Regierung erhoffte Wirkung haben wird, ist fraglich. Die Unternehmer haben ihre neuen Lohnsätze unter Zugrundelegung des Arbeitsgesetzes an den Gewerkschaften angedungen, aber die Arbeiter haben bisher nicht darauf reagiert. Hat die Regierung schon in der ganzen Behandlung des Kohlenstreiks keine glückliche Hand gehabt, so scheint die Einbringung des Arbeitsgesetzes vollends ein Mißgriff gewesen zu sein, denn diese Maßnahme hat die gesamte Arbeiterfrage in eine geschlossene Kampffront gedrückt und die Sache der Bergarbeiter zu einer Angelegenheit der englischen und darüber hinaus der internationalen Gewerkschaften erhoben.

Die englische Arbeiterfront wittert in dem Gesetz den Beginn einer systematischen Attacke auf ihre Organisationen und auf die bestehenden Arbeitsverhältnisse und setzt sich mit entsprechendem Energieaufwand zur Wehr. Der Kampf nimmt täglich schärfere Formen an und hat zu persönlichen Angriffen auf Baldwin und wilden Szenen im Unterhaus geführt. Der Gewerkschaftsakt hat der Regierung in einem in den bestigsten Ausdrücken gehaltenen Manifest gedrückt, daß wenn sie auf ihren „Politik der Begünstigung der Unternehmern“ beharrt, ein Konflikt zwischen Geburten eines neuen Generalstreiks besteht. Infolge dessen, daß die Einbringung des Arbeitsgesetzes nicht nur eine Bekämpfung der Forderung der Bergarbeiter, sondern auch den Zusammenbruch der Arbeiter aller Industriezweige in eine einheitliche Opposition demüht hat. Aus dem Konflikt in den Kohlengruben ist ein Klassenkampf geworden, der sich zunehmend mit den schärfsten Waffen ausgespielt werden soll.

Die optimistische Stimmung im Lande, die sich unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Generalstreiks offenbart, hat einer entgegengesetzten Richtung Platz gemacht. Bald beginnt den latenten Unterschied zwischen Baldwin's bekanntem Trüben in der „Substanz“ und der unheimlichen Zornstille in der englischen Substanz zu fühlen. Niemand kann voraussagen, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Baldwin hat seine besten Gelegenheiten längst veräußert. Die einzige noch bestehende Möglichkeit, ein Lieberleben oder eine Explosion des Bergarbeiter zu vermeiden.

### Vertrauensvotum für Briand-Caillaux.

Die französische Kammer hat die Beratung über die Interpellation betreffend die Finanzpolitik der Regierung heute gegen 4 Uhr 20 früh beendet. Die Tagesordnung der Abgeordneten Miller, Maccabreu und Montign, die angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Die Kammer nahm Kenntnis von den Erklärungen der Regierung, hat das Vertrauen zu ihr, daß sie den Kredit und die Finanzen des Staates wiederherstellen und die Währungsbeschwerden werde und geht zur Tagesordnung über.“

Nach Störung der Vertrauensfrage wurde die Tagesordnung mit 200 gegen 247 Stimmen angenommen.

Der Brotpreis in Paris, der am 8. Juli auf 2,60 Franken für das Kilo erhöht worden war, wird ab 18. Juli eine weitere Erhöhung um 10 Centimes erfahren.

### Französisch-englisches Schulabkommen.

Nach dem Pariser „Matin“ scheint es, daß ein französisch-englisches Schulabkommen über die Schuldenregelung bereits so gut wie erfolgt ist und daß es genügend wäre, wenn Caillaux sich einige Stunden in London aufhalte, um die Vertragsbestimmungen einhellig festlegen zu können. Wie „Chicago Tribune“ erfahren haben will, hat die englische Regierung der französischen Regierung die Schuldenliste zugestanden und eingewilligt, die französischen Schuldenregelungen nicht auf den Markt zu bringen. Caillaux wurde sich selbst

### Zusammenschluß der Rechtsparteien.

#### Es gibt keine Ausreden.

Der kürzlich veröffentlichte Aufruf der Arbeitergemeinschaft der Deutschnationalen und Volkspartei im Preussischen Staatsrat, eine Arbeitergemeinschaft der „im tiefsten Sinne konservativen Parteien“ zu bilden, war eigentlich etwas sehr Bescheidenes: Die Begründung dieses Aufrufs lautet: „Wir erkennen nicht, daß sehr erhebliche Schwierigkeiten der Herbeiführung dieses Scheiterns heute entgegenstehen und daß sehr viel ungenutzte und soziale Arbeit wird geleistet werden müssen, ehe dieses Ziel erreicht wird.“

„Sehr viel ungenutzte und soziale Arbeit“: Ja, und denn die Herren Parlamentarier und sonstigen Parteimänner nicht ihnen das, so sage Arbeit zu leisten, und gibt ihnen nicht so sage Arbeit allein Deinsberechtigung, nicht allein das Recht, als Führer und Vertreter des Volkes tätig zu sein? Wir könnten uns durchaus ein Parlament denken, das eine bezugslose Wahrung zur Unengenügendkeit und Sachlichkeit geradezu als eine Forderung empfunden würde. Aber als Forderung ist es ganz wenig getadelt, sondern die afterkranen Männer, die diesen Aufruf ergießen ließen, haben eben oft genug hinter die Kulisse gesehen und wissen, wie es da hinter der Kulisse zugeht. Deshalb finden sie es genau so selbstverständlich, daß man zu Unengenügendkeit und Sachlichkeit mahnen muß, wie das Volk in seiner Verantwortlichkeit diese Unengenügendkeit und Sachlichkeit selbst verständlich findet.

So offensichtlich dieser Aufruf, ohne es zu wollen, den heutigen Zuständen, die Unengenügendkeit und Sachlichkeit anderer Parlamentarier, nicht nur darüber Bescheid, denn bescheid man es allerdings auch, daß sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen.“ Aber dann sollte man auch sein Blatt vor den Mund nehmen, sondern offen aussprechen: Diese Parlamente und dieser Parlamentarismus sind nicht das, was wir Volk verlangen können, sondern diese Zustände sind einig einig Kardinals und müssen schleunig beseitigt werden. Wie soll denn das Volk aus seiner Not herauskommen, wenn die Beside, die es heute sieht, nach dem Urteil der Kammer nicht einwandfrei ungenutzte und sachlich sind?

Der Arbeiterpartei, den der Aufruf bisher bei den Parteien gefunden hat, ist leider nicht wenig beschämend. Die volkspartei, „National-liberale Korrespondenz“ hat dazu Stellung genommen. Es stehen da viel treffsinnig und eher wenig klingende Worte vom Unterschied der Weltanschauungen, vom Liberalismus usw. drin, daß es gewiß schön und nützlich wäre, eine Arbeitergemeinschaft zu stiften, daß das aber nicht so heute sein kann, wenn man sagt, um. Das Ganze läßt sich in den Herrn Gewerkschaften zusammenfassen: „Man spricht vergebens viel, um zu verlangen/der andre hört von allem nur das Mein.“

Aber das gilt nicht nur von der Volkspartei. Auch die Deutschnationalen und die übrigen „im tiefsten Sinne staatskonservativen Parteien“ zeigen eine recht merkwürdige Zurückhaltung. Wenn wirklich Unengenügendkeit und Sachlichkeit über alles geht, wenn die bloßen Parteinteressen aber gar nur persönlichen Interessen ganz hinter dem einen großen Willen, dem Ganzen zu helfen, zu rücken, so hätte man einen gewissenmaßen freudiger Zustimmung zu dem Sammelaufruf erwartet. Aber nichts von dem.

Da die Parteien jähern, zu dem Aufruf klar bejahende Stellung zu nehmen, wird das Volk heute durch Stellung nehmen müssen. Und die Stellung des Volkes scheint uns klar die zu sein: Es begrüßt einfach nicht, weshalb nicht ungenutzte und soziale Arbeit geleistet wird. Es begrüßt nicht, warum es nicht möglich sein soll, daß die Männer, die sich dem Volk zur Wahl empfohlen haben, sich an einem gemeinsamen Tisch setzen und alle Fragen der Politik solange miteinander durcharbeiten, bis das Richtige offenbar geworden ist und sich ganz von selbst durchsetzt.

Sicherlich jeder einzelnen Partei gibt es doch auch Meinungserweichungen, Meinungsänderungen, und das ist natürlich zu begrüßen, wenn man sich nicht so sehr an dem alten Standpunkt festhält, sondern gar einmütig zu kommen, die dann die offizielle Stellungnahme der Partei darstellt. Warum ist denn das gleiche nicht auch z. B. zwischen Volkspartei und Deutschnationalen möglich? Warum gibt es nur eine Parteipolitik, aber keine Staatspolitik, die die Parteipolitik nicht nur genau so überwindet, wie die Parteipolitik die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei?

### Russische Gelder.

Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion hat beschlossen, weitere 370 000 Rubel aus fortbauenden Beiträgen der Mitglieder der Gewerkschaften der Sowjetunion an den britischen Bergarbeiterverband zu übermitteln. Dieser Lage ergibt der Zentralrat der russischen Gewerkschaften ein Telegramm der Bergarbeiterregulierung, in dem diese um rasche Hilfe für die Arbeiter der Kohlegrube bitten.

Die Sowjetregierung hat die zwangsweise Beibehaltung von Untersuchungsgebern für England verboten. — Das wird ein interessantes Licht auf die Art, wie bisher und vermutlich auch des Berufs aus in Zukunft ist, „freiwilligen“ Beiträge für die englischen Genossen zusammenkommen.

### Unruhen in Indien.

In Balua (Britisch-Indien) unternahmen Mohanmedaner einen Angriff auf eine Hindu-Profession und Stadtgassen und Steinwürfen. Es kam zu Plünderungen, so daß die Läden geschlossen werden mußten. Die Unruhen breiteten sich auch auf die benachbarten Dörfer aus. Militär und britische Polizei ist eingetroffen. Da die Mohanmedaner in einigen Dörfern ihre verheerenden Streifzüge mit Gewalt zu befehlen versuchten, machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch und verübte mehrere Mordtaten.

### Italien — Rumänien — Rußland.

Der diplomatische Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, daß Italien gegenwärtig bemüht ist, eine Verständigung zwischen Sowjetrußland und Rumänien in der beherrschenden Frage zu bringen. Der Korrespondent glaubt feststellen zu können, daß in den letzten Wochen die Spannung im Grenzgebiet des Donjeß beträchtlich nachgelassen habe. In Italien herrsche Befriedigung über die neue Orientierung, die sich bei mindestens zwei von den drei Mitgliedern der Kleinen Entente auf der jüngst abgehaltenen Konferenz gezeigt habe und die eher auf eine Zusammenarbeit mit Italien als mit Frankreich hindeute, was hauptsächlich auf Frankreich innerpolitische Schwierigkeiten zurückzuführen sei.

